

15.58

Vizekanzler Heinz-Christian Strache: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident! Werte Ehrengäste auf der Galerie! Herr Präsident des Nationalrates außer Dienst Dr. Helmut Khol! (*Abg. Schieder: Andreas! – Allgemeine Heiterkeit.*) – Andreas! Entschuldigung, tut mir leid; das war ein Freud'scher! – Herr Präsident der Wirtschaftskammer Leitl! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Wir haben am 15. Oktober eine demokratische Wahl erlebt, und mit dem Wahlergebnis ist eines sichtbar geworden, nämlich der nachhaltige Wunsch vonseiten der österreichischen Bevölkerung nach Veränderung, und zwar in Richtung einer Veränderung, bei der man die Interessen, die Sorgen, die Nöte, aber auch die Wünsche der österreichischen Bevölkerung wieder ernst nimmt und bei der man nicht immer nur aus parteipolitischen Überlegungen und Motiven heraus auch Entscheidungen gegen den Willen und über die Köpfe der eigenen Bevölkerung hinweg trifft.

Wir haben aufgrund des Wahlergebnisses Regierungsverhandlungen begonnen, die bewusst seriös, zügig, aber auch mit großer Qualität geführt worden sind, bei denen wir uns auch keinem Zeitdruck ausgesetzt haben und am Ende auch ein gemeinsames Ergebnis der Verhandlungen in Form des heute vorliegenden Regierungsprogramms erzielen konnten.

Es ist selbstverständlich auch mein Zugang, mich auch für das Vertrauen vonseiten der österreichischen Bevölkerung uns gegenüber zu bedanken. Es ist auch unser Anspruch, diesem Vertrauen gerecht zu werden, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen. Auf der anderen Seite sind wir mit Wahlversprechen in einen Wahlkampf gegangen, wissend, dass man nicht alles zu 100 Prozent umsetzen kann und dass auch die notwendigen Abwägungen getroffen werden müssen.

Ich bedanke mich bei Sebastian Kurz, der im Zuge der Verhandlungen – da konnten wir uns persönlich und menschlich näher kennenlernen – gezeigt hat, dass es ihm ein ehrliches Anliegen ist, in diesem unserem wundervollen Heimatland Österreich vieles nachhaltig zu verändern und zu verbessern.

Es ist schon klar, dass es viele kleine Schritte braucht, viele, viele kleine Schritte, damit man am Ende auch am Berggipfel ankommt. Das ist genau der Punkt: Wir können und wollen gar nicht alles anders machen, aber wir wollen vieles besser machen. Das wird viele kleine Schritte brauchen. Das wird da oder dort auch bedeuten, dass man an den richtigen Schrauben dreht, um mit kleinen Entscheidungen dieses große Schiff Österreich auf Dauer wieder richtig auf Kurs zu bringen.

So sehen wir auch unsere Aufgabe und Verantwortung, die wir natürlich mit einer großen Demut leben werden, denn wir haben der österreichischen Bevölkerung zu dienen. Wir sind Diener an der eigenen Bevölkerung, und die Macht, die wir demokratie-politisch erhalten haben, ist eine geliehene. Deshalb haben wir auch eine besondere Verantwortung. Wir alle hier auf der Regierungsbank sind wie jeder Mensch endlich, und es wird hier irgendwann einmal neue Verantwortungsträger geben. Solange wir aber diese Verantwortung, die wir übertragen bekommen haben, in unserer Hand haben, werden wir aufrechten Ganges und mit Herzenskraft das Beste für die eigene Bevölkerung sicherstellen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich war zwölf Jahre lang Klubobmann in diesem Hohen Haus, und selbstverständlich ist es mir ein Anliegen, die Vertreterinnen und Vertreter der Oppositionsparteien einzuladen, sich auch aktiv einzubringen. Das haben wir in der Vergangenheit aus der Verantwortung als Oppositionspartei heraus auch nicht verweigert. Beides, sowohl in der Regierung zu sein als auch in der Opposition zu sein, bedeutet staatspolitische Verantwortung.

Es ist selbstverständlich die Aufgabe der Opposition, inhaltliche Kritik an den Entscheidungen dieser Regierung auch zu äußern, wenn es sie gibt. Ich freue mich auch auf diese Kritik, denn Kritik bringt uns immer weiter, wenn wir auch Selbstreflexion haben. Ich kann Ihnen versprechen, ich werde diese Selbstreflexion selbstverständlich haben, denn ich habe das zwölf Jahre als Oppositionspolitiker dieses Hauses erlebt und habe mich oft geärgert, wie man gute Vorschläge und Anträge der Opposition einfach negiert und beiseitegeschoben hat. Daher wird der Anspruch auch sein, diese guten Anträge und inhaltlichen Forderungen der Opposition ehrlich und richtig zu bewerten. (*Zwischenruf des Abg. Schieder.*)

Jede Kritik ist willkommen, aber natürlich haben wir auch die Messlatte der letzten zwölf Jahre anzulegen, an der sich die bisherige Regierungspartei, die Sozialdemokratische Partei, zu messen haben wird, denn Sie haben in den letzten zwölf Jahren Verantwortung getragen. Wir wollen vieles, das Sie nicht umgesetzt haben, in den nächsten Jahren im Interesse der Bevölkerung umsetzen, und dabei geht es nicht um Eitelkeiten oder Parteiinteressen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

„Zusammen. Für unser Österreich.“ – Das ist das Motto, unter dem unser Regierungsprogramm steht. Unter zusammen versteh ich selbstverständlich den respektvollen Umgang miteinander, dass dieses unselige Hickhack, dieser Streit der ehemaligen Regierungsparteien untereinander, der tagtäglich sichtbar in der Öffentlichkeit ausgetragen worden ist, keine Fortsetzung findet. Ich verstehe darunter, dass Persönlichkeiten zusammensitzen, die sich gegenseitige Wertschätzung entgegenbringen. Wenn es – und das

kommt in der Demokratie zwischen Partnern zweier unterschiedlicher Parteien auch vor – da oder dort Unterschiede inhaltlicher Art gibt, dann hat man die menschliche Qualität zu beweisen, das intern zu besprechen und zu klären und den notwendigen Kompromiss im Interesse der österreichischen Bevölkerung zu finden.

Das bedeutet natürlich auch, dass man die eine oder andere Position nicht ganz so durchsetzen kann, wie man sich das wünscht. Da bin ich jemand, der das immer ehrlich und aufrichtig gelebt hat, auch in der Politik, in all meiner Verantwortung, und das muss man auch eingestehen. Wir haben eine Zusammenarbeit zwischen zwei Parteien, und weder die eine noch die andere hat die absolute Mehrheit. Das bedeutet natürlich auch, dass man sich da oder dort aufeinander zubewegen und auch schmerzvolle Abstriche machen musste.

Ich gestehe ein: Ja, auch ich und wir Freiheitliche haben schmerzvolle Abstriche machen müssen; im Bereich Ceta wäre es uns ein Anliegen gewesen, eine Volksbefragung sicherzustellen. Man muss auch festhalten, dass wir da natürlich auch Altlasen übernehmen; durch den Vorgänger im Bundeskanzleramt, Herrn Kern, wurde schon in diese Richtung gelenkt, und das Freihandelsabkommen Ceta ist heute bereits in Kraft getreten und Realität. (*Ruf bei der FPÖ: Herr Kern hat das zu verantworten!*) Wir alle wollen ein gutes Freihandelsabkommen und wir alle wollen, dass am Ende des Prozesses hoffentlich ein ordentlicher EU-Schiedsgerichtshof die Rechte der Firmen und der betroffenen Bürger entsprechend garantiert. Uns wäre es wichtig gewesen, eine Volksbefragung sicherzustellen, das war aber eine rote Linie in diesen Regierungsverhandlungen.

Was wäre die Konsequenz gewesen, wenn wir diese Verhandlungen nicht zu einem positiven Ergebnis, mit den vielen Inhalten, die uns wichtig waren und die wir durchsetzen konnten, gebracht hätten? – Die Konsequenz wäre gewesen, dass viele Wählerinnen und Wähler, die uns am 15. Oktober das Vertrauen geschenkt haben, zu Recht kein Verständnis dafür gehabt hätten, wenn eine andere Regierungskonstellation, die in Wahrheit abgewählt worden ist, eine Fortsetzung gefunden hätte. Wir haben uns ganz klar für den Weg entschieden, unsere positiven Inhalte, die wir durchsetzen konnten, in Umsetzung bringen zu wollen, und ich sage: Ja, das sind wesentliche Bereiche. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Goethe hat einmal gesagt: „Sein Jahrhundert kann man nicht verändern, aber man kann sich dagegen stellen und glückliche Wirkungen vorbereiten.“ – Solch glückliche Wirkungen vorzubereiten, das sehen wir als unsere Aufgabe. Sicher liegt es in der Natur der politischen Dinge, dass es über diese Wirkungen und Ziele unterschiedliche Auffassungen gibt. Das gehört zum Wesen der Demokratie.

Uns war es aber besonders wichtig, in einem Regierungsprogramm ganz entscheidende inhaltliche Festlegungen für die Zukunft sicherzustellen, und das betrifft den Bereich der Sicherheit. Was ist denn da in den letzten Jahren alles passiert? Die Bürger unseres Landes mussten ja – ich sage das so – da oder dort ein staatspolitisches Versagen erleben, man war nicht fähig und nicht bereit, die Außengrenzen der Europäischen Union und die nationalstaatlichen Grenzen zu sichern und zu schützen. Da ist viel Vertrauen in die politischen Verantwortungsträger verloren gegangen, denn die Exekutive und die Sicherheitskräfte haben hervorragende Arbeit geleistet, sie haben aber nicht den entsprechenden politischen Rückhalt und die entsprechenden Aufträge erhalten. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Es ist uns wichtig, in Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft, in der Verantwortung gegenüber unseren österreichischen Staatsbürgern sicherzustellen, dass es zu einem Stopp der illegalen Zuwanderung kommt, dass wir die Grenzen schützen – natürlich im Sinne des Auftrages der Europäischen Union, die diese Gesetze definiert hat, an der Außengrenze, und wenn das nicht gelingt, notfalls auch an der nationalstaatlichen Grenze.

Es ist uns wichtig, dass wir auch die Exekutive bei all den neuen Herausforderungen, die es heute gibt, nicht im Stich lassen. Wir haben zusätzliche Planstellen im Bereich der Exekutive sicherstellen können, über 2 100 zusätzliche Planstellen werden ermöglicht, wir werden zusätzliche Polizeischüler ausbilden. Wir werden im Rahmen des Beamtendienstrechts auch ein Exekutivdienstgesetz schaffen, damit die Gehaltsstruktur der Exekutivbeamten gerechter wird und damit wir auch sicherstellen, dass die Polizisten die entsprechende Rückendeckung im Kampf gegen das Verbrechen, aber auch gegen Terrorgefahren erhalten.

Der Bereich Ordnung und Sicherheit ist heute im Zuge der vorherigen Debatte schon angesprochen worden: Ja, Sicherheit und Ordnung sind uns ein wichtiges Grundanliegen. Wir wollen keine Unordnung und keine Unsicherheit in unserem Land. Es gibt Gesetze, an die man sich zu halten hat, und wir haben dafür Sorge zu tragen, dass Gesetze auch umgesetzt werden.

Da geht es auch darum, dass wir klar und deutlich zwischen Zuwanderung und Asyl und Schutz auf Zeit für jene Menschen, die verfolgt werden, trennen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Wir werden Schritte in Richtung eines effizienten Asylwesens setzen und auch für eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylwerber Sorge tragen. Das sind rechtswidrig aufhältige Personen. Kein Bürger hat Verständnis dafür, wenn da nicht auch die ge-

setzliche Umsetzung erfolgt. Die Migrationspolitik muss das Ziel haben, legale Migration ganz klar zu regeln und nach den Bedürfnissen Österreichs auszurichten sowie illegale Migration wirksam zu bekämpfen und zu stoppen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Schwerpunkte sind natürlich eine Effizienzsteigerung bei Asylverfahren, bei der Außerlandesbringung und bei fremdenpolizeilichen Verfahren sowie eine Anpassung der Leistungen der Grundversorgung für Asylwerber. Wir werden sicherstellen, dass die Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat **nicht** stattfindet, sondern dass wir, wenn wir Menschen zu uns holen, solche zu uns holen, die auch bereit sind, durch Leistung beizutragen, nämlich zu arbeiten, Steuern zu zahlen und letztlich in unserer Gesellschaft einen positiven Beitrag zu leisten, die eben nicht in den Sozialstaat zuwandern.

Daher ist es wichtig, dass wir im Regierungsprogramm festgehalten haben, die Mindestsicherung nach dem oberösterreichischen Modell neu zu gestalten, dass die Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte auf 365 Euro Grundleistung reduziert wird und ein möglicher zusätzlicher Integrationsbonus von 155 Euro sichergestellt wird. Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft werden bei 1 500 Euro gedeckelt.

Das entspricht dem Prinzip von Gerechtigkeit und Fairness, denn wir haben in unserem Land Menschen, die jahrelang, Jahrzehntelang harte Arbeit geleistet haben und in der Vergangenheit erleben mussten, dass andere, die **keine Stunde** gearbeitet haben, keine Stunde in das System eingezahlt haben, Anspruch auf eine Mindestsicherung von über 840 Euro hatten. Das ist ein Missverhältnis, das bis heute aufrecht ist, und solche Missverhältnisse gehören im Sinne von Fairness und Gerechtigkeit abgestellt.

Es wird auch eine europarechtskonforme Indexierung der Familienbeihilfe geben, also eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Mitgliedstaat der Europäischen Union, denn die Familienbeihilfe sollte nur für jene Kinder in der entsprechenden Höhe ausgezahlt werden, die auch wirklich in Österreich leben. Das ist ein fairer und gerechter Zugang. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Natürlich war es uns auch besonders wichtig, im Regierungsprogramm sicherzustellen, dass viele Ineffizienzen, Doppelgleisigkeiten, die wir im System heute vorfinden, abgestellt werden. In Zukunft soll es eine Transparenzdatenbank geben, die von den Ländern auch wirklich befüllt wird, damit man Doppelgleisigkeiten, missbräuchliche Entwicklungen abstellen kann. Wir sind es unseren Staatsbürgern, die Steuern zahlen, schuldig, das auch sichtbar zu machen.

Natürlich wollen wir endlich auch Reformen bei den Sozialversicherungen sicherstellen, wir wollen die heute vorhandenen über 21 Sozialversicherungsträger in Zukunft auf

fünf reduzieren und damit im Bereich der Verwaltung Einsparungen sicherstellen. Auch im Bereich der Harmonisierung wird einiges notwendig werden – da oder dort nach oben, da oder dort nach unten, aber im Interesse der Patientinnen und Patienten, im Interesse der betroffenen Menschen im Land, die letztlich eine Optimierung erwarten und eine Verschlankung der Strukturen gewählt haben. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Es ist auch unser Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Österreich auf 40 Prozent zu senken. Ja, mit diesem Anspruch sind wir angetreten. Da geht es auch darum – und es wird auch nicht anders möglich sein –, eine massive Vereinfachung des Steuersystems sicherzustellen. Im Mittelpunkt wird eine umfassende Reform des Einkommensteuergerichtes stehen; das wird notwendig sein.

Wir wollen auch die Schuldenquote weiter senken, denn es wäre nicht sozial gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern, mit der Politik fortzufahren, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten kennengelernt haben müssen, dass man auf dem Rücken der kommenden Generationen einfach weitere Schulden aufbaut. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP sowie der Abgeordneten Scherak und Strolz.*)

Selbstverständlich wollen wir wesentliche Inhalte unseres Programms in Richtung einer Modernisierung der Gewinnermittlung und in Richtung einfacherer Steuererklärungen für Kleinstunternehmer umsetzen; auch die Förderung der privaten Altersvorsorge sowie die Zusammenführung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen sind ein Thema. Da ist viel zu tun.

Es ist unser Anspruch, bei den kleinen Einkommen zu beginnen, bei den kleinen Arbeitnehmern, die täglich hart arbeiten, die ganztags beschäftigt sind und zwischen 1 348 und 1 948 Euro brutto im Monat verdienen. Ja, die wollen wir als ersten Schritt sofort entlasten, weil uns die besonders wichtig sind und weil die jeden zusätzlichen Euro, den wir ihnen geben werden, für das tägliche Leben brauchen, wenn es darum geht, Lebensmittel zu kaufen oder Mietkosten zu decken. (*Abg. Schieder: Können Sie's noch einmal erklären? Der Regierungssprecher hat's gestern nicht ordentlich rübergebracht!*) Es sind über 620 000 kleine Arbeitnehmer in diesem Segment, die wir entlasten werden, die pro Jahr durchschnittlich 320 Euro netto mehr haben werden. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

In den letzten Jahren haben wir nur Steuerbelastungen und Diskussionen über neue Steuern erleben müssen. Da war keine soziale Verantwortung, die man gelebt hat. Diese soziale Verantwortung und Gerechtigkeit ist ein Anspruch, dem wir gerecht werden wollen. Als einen der ersten Schritte werden wir neben den Entlastungen für kleinere

und mittlere Einkommen auch die Familien entlasten. Ja, die Familien – und da sind alle Kinder gleich! (*Abg. Heinisch-Hosek: Nein, nein, beim Bonus sind nicht alle gleich!*) – bekommen heute Familienbeihilfe und Kindergeld, das ist ein gutes System. Darüber hinaus ist es aber auch wichtig, an jene zu denken, die arbeiten und Steuern zahlen und bis dato von Rekordsteuerbelastungen betroffen waren, und sie endlich zu entlasten. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Sie sollen in Zukunft, wenn sie Kinder haben, im Sinne eines Familienbonus Plus oder eines Kinderbonussystems Steuergutschriften von 1 500 Euro pro Kind im Jahr erhalten. Das ist eine Investition in unsere Zukunft, denn wer Kindern das Leben schenkt, schenkt auch unserer Heimat, unserem Staat, der Republik eine Zukunft. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Ruf bei der FPÖ: Richtig!*) Das kostet Geld, und diese Menschen verdienen Entlastung. Diesen Abzugsbetrag wird es bis zum 18. Lebensjahr geben.

Wir werden darüber hinaus für jene Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, die über 40 Jahre lang gearbeitet und in das Sozialversicherungssystem eingezahlt haben, sicherstellen, dass sie in Zukunft 1 200 Euro netto Mindestpension erhalten. Sie haben sich das redlich verdient, und es ist eine Schande, dass viele dieser Menschen, die über 40 Jahre lang gearbeitet haben, diese 1 200 Euro Nettopension in den letzten Jahren nicht erhalten haben. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ja, uns waren viele Themenbereiche besonders wichtig, und vieles ist uns gemeinsam wichtig. Die direkte Demokratie war so ein Thema. Uns ist bewusst, dass wir da sehr, sehr behutsam vorgehen müssen. Wir hatten natürlich Optimalvorstellungen, die in dieser Form nicht umgesetzt werden. Uns ist aber ein historischer Schritt gelungen, denn wir werden erstmals in der Zweiten Republik sicherstellen, dass in Zukunft Volksinitiativen möglich werden und die Menschen die Chance erhalten, mit einer direktdemokratischen Initiative eine verbindliche Volksabstimmung in nationalstaatlichen Bereichen zu erzwingen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Wir werden da mit Augenmaß einen Schritt setzen, der in Zukunft weiter ausbaufähig sein kann. Die Hürde von 900 000 war eine Vorgabe unseres Partners, der immer von 10 Prozent der Gesamtbevölkerung als Hürde gesprochen hat. Wir haben den Wunsch gehabt, als optimale Variante eine 4-Prozent-Hürde einzuführen. Aber noch wichtiger war es uns, dass dieser Schritt überhaupt gesetzt wird, denn wir haben keine Angst vor der österreichischen Bevölkerung. Denn: Es ist notwendig, dass es ermöglicht wird, dass dieses Instrument der österreichischen Bevölkerung als Ergänzung zu dieser wundervollen parlamentarischen Demokratie in die Hand gegeben wird. Das wird schrittweise erfolgen und bis zum Ende der Legislaturperiode in die Realität umgesetzt. Da-

mit wird das letztlich ein historischer Akt, der in der Zweiten Republik einmalig sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist uns auch wichtig, Zwänge und staatliche Bevormundung zurückzudrängen, und zwar in unterschiedlichen Bereichen. Selbstverständlich hat es, wie man weiß, da oder dort auch Maximalforderungen gegeben. Ja, es wäre unser Wunsch gewesen, die Zwänge auch im Kammerstaat zu überwinden. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Nehammer.*)

Aber dazu braucht es auch Partner. Und weil Sie, Herr Klubobmann Strolz, mich gerade fragend ansehen: Mit Ihnen hätte ich keine Mehrheit, das tut mir leid. Wir beide könnten das nicht gemeinsam zustande bringen.

Dazu braucht es eben dann, wenn man merkt, dass es diese Partner nicht gibt und es dafür auch keine Mehrheit in diesem Haus gibt, in den Regierungsverhandlungen zumindest den Schritt – und den haben wir getan –, Bewegung dahin gehend möglich zu machen.

Ich sage bewusst: Die Sozialpartner haben in der Geschichte der Zweiten Republik großartige Arbeit geleistet und auch große Verantwortung getragen. Wir wollen das Gespräch mit den Sozialpartnern suchen, wir werden das Gespräch mit den Kammern suchen, und zwar mit dem Anspruch, auch Reformvorschläge von ihnen zu erhalten. Ich glaube, dass sowohl in der Arbeiterkammer als auch in der Wirtschaftskammer die Einsicht vorhanden ist, dass bei Hunderten Millionen Euro an Mitgliedseinnahmen pro Jahr die Mitgliedsbeiträge in der derzeitigen Höhe beziehungsweise in dem bisherigen Volumen den Mitgliedern gegenüber nicht gerecht sind und dass es da eine Reduktion beziehungsweise eine Entlastung der Mitglieder braucht. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg . Nehammer.*)

Ich glaube, dass diese Einsicht da sein wird und am Ende ein guter Reformschritt möglich werden kann, der letztlich die Mitglieder entlastet, und das bei gleichbleibender Leistung. Wir reden von Effizienz in allen Strukturen, auch des Apparates und des Staates.

Selbstverständlich ist es uns auch wichtig, zu handeln, wenn es um staatliche Bevormundung geht. Ja, wir stehen zum Nichtraucherschutz. Auch das war in den letzten Wochen immer wieder ein Thema. Der Nichtraucherschutz ist uns wichtig. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Kein österreichischer Bürger soll durch Passivrauchen belästigt werden. Aber selbstverständlich gibt es auch die Selbstbestimmung des Einzelnen, und es gibt auch das Recht auf freie Entscheidung, und zwar auch im Sinne einer Wahlfreiheit. Und da wollen wir sicherstellen, dass die Gastronomen einen eigens für das Rauchen

abgegrenzten Bereich anbieten können, wo jeder Bürger die Möglichkeit hat, freiwillig hineinzugehen, und die Entscheidung treffen kann, dort vielleicht bei einem Kaffee eine Zigarette oder Zigarre oder Pfeife genießen zu wollen. (*Beifall bei der FPÖ sowie der Abgeordneten Wöginger und Rädler.*)

Dazu wird niemand gezwungen, es wird dadurch auch niemand geschädigt, der den Nichtraucherschutz genießen will. Um das zu gewährleisten, soll es entsprechende Kennzeichnungspflichten geben. Das ist ein Zugang einer freien Gesellschaft abseits von staatlicher Bevormundung.

Ja, es war uns auch wichtig, den Wunsch der Südtiroler, hinsichtlich dessen alle Parteien in Südtirol das Ersuchen an uns herangetragen haben, über eine zukünftig mögliche Doppelstaatsbürgerschaft nachzudenken, in das Regierungsprogramm aufzunehmen. Wir werden das mit Bedacht und natürlich auch in großer Freundschaft mit unseren italienischen Nachbarn in Gesprächen umzusetzen versuchen.

Die Italiener selbst haben ein gutes Gesetz. Millionen Italiener, die heute nicht in Italien leben, haben aufgrund der italienischen Gesetzgebung eine doppelte Staatsbürgerschaft, und auch jene italienischen Minderheiten, die heute in Slowenien und Kroatien leben, haben selbstverständlich eine doppelte Staatsbürgerschaft. Gerade in diesem positiven Miteinander in der Europäischen Union kann und wird es kaum ein Problem sein, das im Interesse aller Beteiligten so umzusetzen, wie das andere Länder – auch unser Nachbar Italien – tun. (*Beifall bei der FPÖ sowie der Abgeordneten Strasser und Rupprechter.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu meinem zukünftigen Aufgabenbereich – und zwar erst dann, wenn das Bundesministeriengesetz in Kraft treten wird, nämlich am 8. Jänner 2018 – wird auch der Sport gehören. Der Sport ist ein wesentlicher Bestandteil im Leben der Österreicherinnen und Österreicher. Er begeistert Millionen Menschen Tag für Tag in den unterschiedlichsten Sportarten, wo viele Menschen mitfeiern und die Leistungen der österreichischen Sportler mitverfolgen, wenn sie – wie es gerade aktuell im Skisport der Fall ist – besonders erfolgreich sind, und sich dann mitfreuen.

Mehr als die Hälfte der Österreicher ist mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv. Jeder Vierte nimmt zumindest zwei- bis dreimal pro Monat an organisierten sportlichen Aktivitäten teil. Mehr als 500 000 Österreicher stehen jede Woche in ihrer Freizeit zur Verfügung, um sich ehrenamtlich für den Sport zu engagieren.

Um uns in Zukunft als Sportnation zu etablieren, ist es wichtig, dass wir auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen und somit auch die erforderliche finanzielle und organisatorische Unterstützung sicherstellen, und zwar für die Sportvereine und deren Strukturen, denn wir wissen aus Erfahrung, dass die Vereine und die Fach-

verbände in der Regel ganz nahe am Sport dran sind. Dort wird man positiv ansetzen müssen.

Aber gleichzeitig sind notwendige Reformen auch im Sinne unserer Hobby- und Profisportler durchzuführen. Wir wollen daher gleich am Beginn unserer Regierungstätigkeit eine bessere strategische Steuerung der Sportförderung durch eine übergeordnete nationale Sportstrategie entwickeln sowie eine schlanke Abwicklungsstruktur sicherstellen und auch dafür Sorge tragen, dass in Zukunft wieder für Erfolge im Spitzensport auch die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Natürlich ist uns auch die Förderung von Randsportarten wichtig, und da haben wir in unterschiedlichen Bereichen, beim Schulsport beginnend, unsere Verantwortung auch in gesundheitspolitischer Hinsicht wahrzunehmen, etwa dann, wenn es um Turnstunden geht oder wenn es darum geht, dass wir die Menschen in ihrem Bewusstsein in Richtung einer gesunden Lebensführung stärken und junge Menschen für Sport und Bewegung begeistern und nicht davon abhalten. All das wird ein wesentlicher Schritt sein, den wir zu setzen haben werden.

Was die Europäische Union betrifft, hat es Sebastian Kurz treffend auf den Punkt gebracht: Wir sind Europäer, wir leben im Herzen Europas, und wir stehen zu diesem europäischen Friedensprojekt. Wir haben vielleicht ein wenig andere Ansichten in dem einen oder anderen Bereich, wo wir aus der Verantwortung für ein europäisches Projekt heraus die eine oder andere Richtung zu Recht kritisieren.

Wer Europa liebt, der muss auch da oder dort Kritik üben, wenn er erkennt, dass es falsche zentralistische Prozesse gibt. Uns ist aber bewusst, dass dieses Friedensprojekt Europa eines der wesentlichsten Projekte ist, die notwendig sind, um in der Gegenwart und in Zukunft den Frieden zu erhalten. Wir werden uns da positiv einbringen, aber wir werden dort kritisch das Wort erheben, wo es zentralistische Fehlentwicklungen gibt. Vor allem ist es das Prinzip der Subsidiarität, das wir in der Europäischen Union vorantreiben und aktiv mitgestalten wollen. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Im Vordergrund steht für uns das Bekenntnis zu einer Weiterentwicklung der Europäischen Union in dem Sinn, dass man sagt: weniger, aber effizienter! Da wollen wir in dieser Regierung natürlich auch sicherstellen, dass gleichzeitig unsere Neutralität wieder stärker gelebt und belebt wird, denn das ist ein Merkmal, für das wir weltweit auch in der Vergangenheit Wertschätzung erlangt haben, das aber in den letzten Jahren leider etwas zurückgedrängt wurde.

Wir werden natürlich auch, und ich sage das ganz bewusst, sicherstellen – dieses Mal in einer Regierung –, dass es **nicht** zu einem zentralistischen europäischen Bundesstaat kommt, wo die Souveränität Österreichs gänzlich aufgegeben werden soll. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Und ja, wir werden unsere Überzeugungen auch in der Europäischen Union vertreten, wenn es um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union geht. Wir wollen diesen Beitritt nicht, wir halten ihn für nicht vernünftig, wir halten ihn für unvernünftig, und wir wollen Verbündete suchen, um zu erreichen, dass es zu einem Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei kommt. Es braucht ein europäisches Nachbarschaftskonzept, aber keinen Vollbeitritt. (*Beifall bei der FPÖ sowie der Abgeordneten Wöginger, Nehammer und Winzig.*)

Ich habe nur einige wenige Punkte unseres Regierungsprogramms skizziert und herausgearbeitet, aber es war notwendig, zu zeigen, was unser Antrieb war, in diese Regierung zu gehen, und was unser Anspruch ist, um die Zukunft besser zu gestalten.

Alles in allem kann man sagen, dass sich beide Regierungsparteien mit weit über 50 Prozent im Regierungsprogramm durchgesetzt haben. Das ist natürlich auch der Realität geschuldet, dass wir da und dort schon vor dem Wahlgang ähnliche Forderungen hatten. Aber es zeigt auch, dass die Basis gegeben ist, in einer aufrichtigen und ehrlichen Art und Weise für die österreichische Bevölkerung arbeiten zu können, und das macht es möglich, dass wir – jeder von uns beiden – das Versprechen abgeben können, über 75 Prozent der Wahlversprechen, die wir vor der Wahl gegeben haben, auch umzusetzen.

Das ist genau jene neue Qualität und jener neue Stil, die und den man vielleicht da oder dort nicht gewohnt ist, weil es in der Vergangenheit anders war und man nicht einmal 10 bis 20 Prozent der Wahlversprechen umgesetzt hat. Aber genau diesem Anspruch werden wir jetzt gerecht, und das werden wir jeden Tag aufs Neue beweisen.

Ich darf nun auch den freiheitlichen Regierungsmitsgliedern meinen Dank dafür aussprechen, dass sie in den jeweiligen Ressorts diese Verantwortung übernommen haben, und zwar als Erstem unserem Minister Ing. Norbert Hofer, der für das Infrastrukturministerium zuständig ist. Er ist wirklich als Persönlichkeit, aber auch was seine Fachkompetenz betrifft, exzellent für dieses Ressort geeignet. – Ich darf dich herzlichst begrüßen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich darf Herbert Kickl, der als neu angelobter Innenminister eine wesentliche Verantwortung haben wird, das Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung – vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl, das in den letzten Jahren massiv gesunken ist – durch gute Arbeit wieder anzuheben, recht herzlich im Team begrüßen. Wer ihn kennt,

der weiß, dass er ein unglaublich strukturierter Manager und fleißiger Arbeiter ist. Ihm traue ich das auf alle Fälle aufgrund seiner Kompetenz zu. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Für den Bereich Gesundheit, Soziales und Arbeit wird Frau Mag. Beate Hartinger, die eine Fachexpertin ist, zuständig sein. Sie kommt aus diesem Bereich, ist im Hauptverband der Sozialversicherungsträger tätig gewesen, und wer, wenn nicht sie, kennt daher die Strukturen, kennt die fachlichen Probleme, weiß darum Bescheid, wie notwendig es ist, Veränderungen im Interesse der Patientinnen und Patienten vorzunehmen, damit wir keine Zweiklassenmedizin haben und damit wir nicht solche Wartezeiten, wie sie heute der Fall sind, in den Spitätern erleben müssen. Und ich sage: Mit dir als Fachfrau freue ich mich auf die guten Umsetzungen und auf die Reformen im Bereich der Sozialversicherungsträger! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich freue mich, als Außenministerin Frau Dr. Karin Kneissl im Team begrüßen zu dürfen, die als Fachfrau in der Diplomatischen Akademie ihren Werdegang begründet hat, die auch für den ehemaligen Außenminister Alois Mock tätig gewesen ist, die in unterschiedlichsten Ländern studiert hat und sieben Sprachen spricht und die als Expertin in unterschiedlichsten Bereichen – auch als Islamexpertin – Bekanntheit erlangt hat. Sie wird in Zukunft die Führung für die Bereiche Europa, Außenpolitik und Integration innehaben.

Ich bin davon überzeugt, dass du – und ich habe nicht umsonst gesagt, liebe Karin, dass ich den weiblichen Kreisky in dir sehe – mit deiner Fachexpertise, mit deiner herzlichen Art und mit deiner diplomatischen Fachkenntnis und auch mit dem Bewusstsein, dass die österreichische Neutralität einen ganz, ganz hohen Stellenwert in der Welt hat, die beste Werbung für Österreich im Ausland sein wirst. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Ich freue mich, auch den neuen Verteidigungsminister Mario Kunasek im Team begrüßen zu dürfen, der ja selbst aus dem Bundesheer kommt. Er ist Unteroffizier, ist also, wenn man so will, ein Mann der Truppe. Ich glaube, dass es dem Bundesheer ganz guttut, einmal auch aus dieser Perspektive heraus Fortschritte und Weiterentwicklungen zu sehen, denn es braucht dort eine Optimierung für den Berufssoldaten und Verbesserungen im Bereich der Grundausbildung, wo mehr und bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, und es braucht auch ein Wiederbeleben der Miliz. Dafür wirst du der Garant sein. Alles, alles Gute! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Zu guter Letzt begrüße ich unseren Staatssekretär im Finanzministerium, Vierfachakademiker Hubert Fuchs, der, wenn es um den fachlichen Bereich und vor allen Dingen

auch um die Vorbereitung der notwendigen Steuersenkungen geht, dem Finanzminister mit seiner Expertise gerne zur Seite stehen wird. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Zum Abschluss: Herr Bundeskanzler, es ist ein historischer Moment. Wir haben heute bei dieser Regierungserklärung den jüngsten Bundeskanzler der Zweiten Republik vor uns, und ich kann eines betonen: Es ist keine Frage des Alters, sondern es ist eine Frage des persönlichen Charakters, der persönlichen Reife, der persönlichen menschlichen Qualität, die jemand hat, ob er seiner Aufgabe gerecht wird oder nicht. Ich habe nie zuvor einen so jungen Mann kennengelernt, der – und ich sage das mit wirklicher Wertschätzung – so gewissenhaft arbeitet, der so fleißig arbeitet, der sich bei allen Dingen wirklich exzellent vorbereitet und der in so einer Art und Weise gezeigt hat, dass ihm seine Aufgabe ernst und wichtig ist. Und ich stehe als Älterer nicht an, zu sagen (*Abg. Schieder: Bussi!*): **Dafür** verdient er Respekt!

Und vor allen Dingen sage ich auch: Du hast unser Vertrauen, und du hast auch das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung, davon bin ich überzeugt, und wir beide werden in unserer Funktion mit der Regierungsmannschaft diesem Vertrauen gerecht werden. Ich sage daher (*Bundeskanzler Kurz die Hand reichend*): Danke für das Vertrauen und alles Gute! (*Lang anhaltender lebhafter Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

16.36

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich danke dem Herrn Vizekanzler für seine Ausführungen.

Wir gehen nun in die Debatte über die Regierungserklärungen ein.

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Kern. – Bitte.